Helvetische Bank
Die Bank für Unternehmer
Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich
Tel. 044 204 56 00
www.helvetischebank.ch

Freitag, 7. Februar 2025 | Nr. 6 | 67. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Massive Aufschläge beim Strompreis
von Stephan Amacker
Seite 2

Kanton Zürich
Viel Weihrauch um nichts
von Tobias Infortuna
Seite 3

Aktuell
Windräder: Recht statt linksgrüne Ideologie
von Karl Spühler
Seite 4

Parlamentsgemeinden
Den Zürcher Heimatschutz ausbremsen
von Daniel Huber
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Bezirk Hinwil: SVP bi de Lüt am 8. März
Seite 5

ABSTIMMUNG VOM 9. FEBRUAR 2025

Jede NEIN-Stimme gegen die Umweltverantwortungsinitiative zählt – jetzt noch abstimmen!

Kommenden Sonntag stimmen wir über die Umweltverantwortungsinitiative ab. Jetzt zählt es! Der Abstimmungssonntag naht und wir stecken die ganze Energie in die Schlussmobilisierung. Wir bitten Sie, dasselbe zu tun!

Es gibt mehr als genug Gründe, um am kommenden Sonntag NEIN zu stimmen. Bild: Adobe Stock

In zwei Tagen kommt die «Verarmungsinitiative» der Jungen Grünen zur Abstimmung. Erteilen wir diesem extremen Begehren eine deutliche Abfuhr, denn diese Initiative würde zu massiven Einschränkungen der Wirtschaft, der Landwirtschaft und des Konsums führen. Auch müsste der Ressourcenverbrauch innert zehn Jahren auf einen Sechstel verringert werden.

Bundesrat und Parlament lehnen deutlich ab

Der Bundesrat hat dieser Volksinitiative keinen Gegenentwurf entgegengestellt und beantragt, die Initiative abzulehnen. Auch die beiden Kammern kamen zur gleichen Entscheidung. Der Ständerat lehnt mit 34 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung, der Nationalrat ebenfalls mit 129 zu 60 Stimmen bei 2 Enthaltungen diese «Steinzeit-Initiative» ab.

Die Initiative ist utopisch, unsinnig und unnötig – deshalb sagen wir NEIN dazu.

NEIN zu utopischen Forderungen

Die geforderte Umsetzungsfrist ist schlicht und einfach unrealistisch. Die Forderung nach einer Reduktion des Ressourcenverbrauchs um 67 Prozent innerhalb von nur zehn Jahren ist utopisch. Ohne eine Vielzahl von radikalen Zwangsmassnahmen ist dies unerreichbar. Diese schwächen die Wirtschaft und schaden der Bevölkerung.

NEIN zur Preisexplosion

Diese «Verarmungsinitiative» führt zu einem starken Anstieg der Preise für Güter des täglichen Bedarfs. Mieten und Heizkosten wie auch die Preise für Lebensmittel explodieren. Fleisch- und Milchprodukte, aber auch Importfrüchte und Kaffee werden zu Luxusprodukten. Reisen oder Ferien am Meer sind nicht mehr bezahlbar.

NEIN zum aufgezwungenen Lebensstil

Das Begehren zwingt uns dazu, unseren gewohnten Lebensstil drastisch zu ändern. Wir alle sind gezwungen, unser Verhalten im Alltag, in den Ferien und der Freizeit zu revolutionieren. Massive Einschränkungen in der Mobilität, aber auch eingeschränkte Essensauswahl sind nur einige Konsequenzen.

Dies alles sind genügend Gründe, um am kommenden Sonntag NEIN zu stimmen. Lassen wir uns auch nicht von den verheissungsvollen Umfrageergebnissen verführen und darauf verzichten – vielleicht aus Bequemlichkeit oder einem klaren NEIN-Trend – unsere wichtige Stimme abzugeben.

Wichtig: Bitte beachten Sie, dass Ihre Stimme – falls Sie noch nicht brieflich abgestimmt haben – nur noch auf den jeweiligen Gemeindeverwaltungen abgegeben werden kann oder Sie am Urnengang am Sonntag direkt teilnehmen müssen.

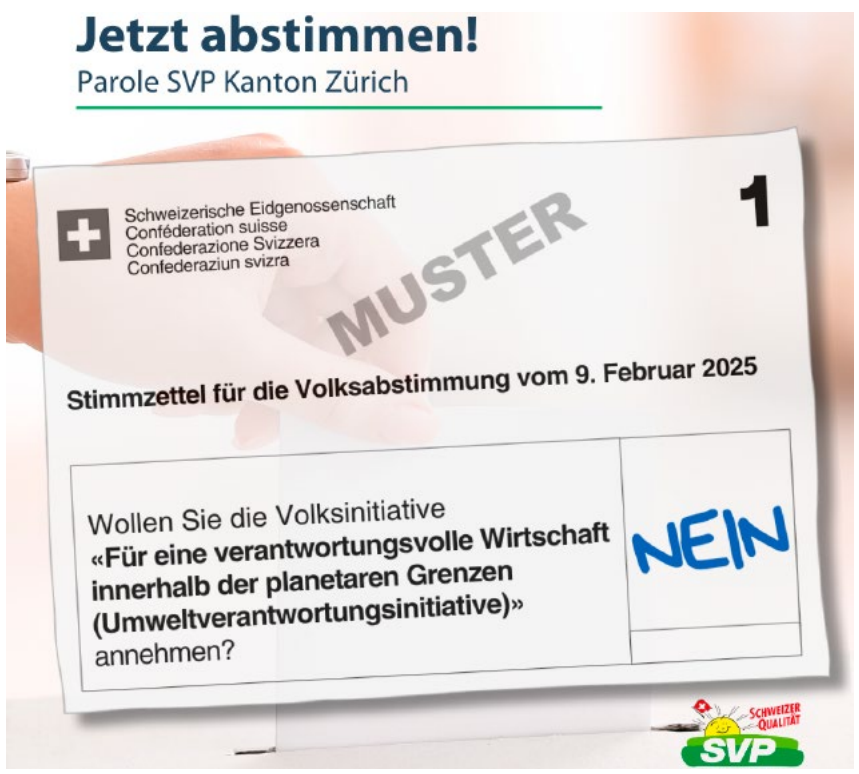
Es geht bereits weiter – GSI-Unterschriften und Abstimmung am 18. Mai 2025

Unsere wichtige und gemeinsame Arbeit geht aber bereits am Montag nach der Abstimmung weiter. Noch fehlen zahlreiche Unterschriften für die Einreichung der Grenzschutz-Initiative, auch für das Kontingent der SVP des Kantons Zürich. Wenn jedes Zürcher SVP-Mitglied bis Ende Februar noch eine zusätzliche Stimme im persönlichen Umfeld organisieren kann und jede Sektion bei einer Versammlung oder Standaktion noch weitere 10–20 Unterschriften sammelt, haben wir unsere Vorgabe Anfang März erreicht. Ich danke Ihnen für Ihr zusätzliches Engagement und die umgehende Einreichung der gesammelten Unterschriften.

Für den nächsten Abstimmungstermin vom 18. Mai 2025 hat der Bundesrat bereits entschieden, dass keine eidgenössische Abstimmung durchgeführt wird. Umso wichtiger wird die kantonale Abstimmung über eine Änderung des Steuergesetzes betreffend Schritt 2 der Steuervorlage 17 (kurz: STAF 2) werden, über die wir in den nächsten Ausgaben detailliert berichten werden.

Die SVP wünscht Ihnen einen spannenden Abstimmungssonntag mit dem angestrebten NEIN zur Umweltverantwortungsinitiative.

Marco Calzimiglia
Parteisekretär
SVP Kanton Zürich
Seuzach



Christoph Mörgeli

Faschisten, immer die anderen

Politiker blasen zur Jagd auf Faschisten. In der «Republik» spürt Mitte-Chef Gerhard Pfister den vorgeblichen Faschisten nach. Er ortet faschistische «Gesinnungsnähe» beispielsweise bei Donald Trump, Marcel Dettling, Christoph Blocher oder Eric Gujer. Besser würde sich Gerhard Pfister mit den wahren Sympathisanten des Faschismus auseinandersetzen. Etwa mit den antiliberalen, antikapitalistischen und antisemitischen Hetzreden seiner katholisch-konservativen Parteivorfahren.

Da wäre der bundesrätliche Fascho- und Himmler-Freund Jean-Marie Musy. Oder Pfisters Zuger Parteikollege, Bundesrat Philipp Etter, der 1933 schrieb: «Was die Deutschen zu Hause machen, hat manches Gute. Es ist recht, wenn die Juden etwas zurückgeschnitten werden, es ist recht, wenn mit dem Marxismus aufgeräumt wird, es ist recht, wenn schlechte Bücher verbrannt werden etc.» Vom späteren Bundesrat Ludwig von Moos sind noch schlimmere antijüdisch-faschistische Bekennerphrasen überliefert, etwa zu Mussolinis Ständestaat.

Auch Jacqueline Badran (SP) gibt in der «Sonntagszeitung» die Faschismus-Riecherin und kommt auf Donald Trump, Javier Milei und Elon Musk. Noch 1943 würdigte das offizielle SP-Organ «Tagwacht» Mussolini so: «Wie auch das letzte Ende sei, ihm gebührt ein Platz in der Weltgeschichte, und das letzte Urteil wird ihm persönliche Sauberkeit, Tatkraft und eminente Fähigkeiten zubilligen. Ein politisches Genie von grosser dynamischer Kraft.» Das SP-Leitorgan bekannte sich 1940 so zu Hitlers Nazi-Diktatur: «Deutschland hat der ganzen Welt nicht nur die Brechung der Zinsknechtschaft, sondern auch der Kapitalknechtschaft überhaupt geschenkt.»

1941 meinte das Organ von Jacqueline Badrans Partei: «Die Revolution 1918 ist steckengeblieben, zurückgeschlagen worden. In anderem Sinne haben der Faschismus und der Nationalsozialismus die Dinge wieder ins Rollen gebracht. Einst reaktionär wirkend, sind sie heute Träger der Revolutionen.» Heuchelei ist noch schlimmer als Lüge. Denn man kann ihr nicht nur gelegentlich frönen. Es ist ein Laster rund um die Uhr.

DIE FOLGEN DER UNÜBERLEGTEN ENERGIEWENDE

Massive Aufschläge beim Strompreis

Die durch Alt Bundesrätin Doris Leuthard ausgelöste Energiewende beginnt, ihre hässliche Fratze zu zeigen, und trifft uns alle: Eigenheimbesitzer, Mieter und im Besonderen die Wirtschaft. Allein 2024 verdoppelten sich die Strompreise, was durch ein praktisches Beispiel und Hintergrundinformationen zu den Ursachen belegt werden kann. Weder wurden die Versorgungssicherheit mit Strom noch die Verbrauchs- und Kostenprognosen erreicht.

Stephan Amacker
Ehemaliger Präsident Kommission Energie und Umwelt SVP Kanton Zürich
Neftenbach

Als Kunde der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) verfolge ich meinen Stromverbrauch sehr genau und beobachte für das Jahr 2024 eine wahre Kostenexplosion. Nach der Fertigstellung unseres Einfamilienhauses 1986 lag der gemittelte Preis unseres Mixes von Hoch- und Niedertarif bei zehn Rappen, 2010 bis 2023 bei 15 Rappen und 2024 bei 32 Rappen.

Preisexplosion trotz Konsumreduktion

1987 verbrauchten wir in unserem Vier-Personenhaushalt 19 000 KWh inklusive Heizung mittels Wärmepumpe und Elektroboiler. Durch Investitionen wie eine neue Wärmepumpe mit Tiefenbohrung, Wärmepumpe statt Boiler, Dachisolierung, Fensterersatz etc. wurde dieser Wert bis 2024 auf 9200 KWh reduziert. Obwohl wir unseren Stromverbrauch mehr als halbierten, zahlen wir nun 45% mehr als zu Beginn; was heisst, dass sich die Kosten für Strom rund verdreifacht haben.

Man kann sich fragen, wie das möglich ist, da sowohl die Produktionskosten von Wasser- wie auch Kernkraft von sechs Rappen/KWh nur auf sieben Rappen stiegen. Auffallend in der letzten Abrechnung ist, dass die Netzkosten gleich hoch sind wie die Stromkosten. Hier liegt wohl eine Hauptursache für diese Teuerung. Nach der Gründung der nationalen Netzwerkorganisation Swissgrid 2004, ganz ohne gesetzliche Grundlage, wurde der durch die massive Förderung der sogenannten «Neuen Erneuerbaren» entstandene Netzausbau ab 2013 vollständig auf die Stromkunden abgewälzt. Hintergrund war damals gemäss den Behörden: «Mit dem operativen Start von Swissgrid setzen wir einen Meilenstein in der Schweizer Stromwirtschaft zur Gewährung der Stromversorgungssicherheit im In- und benachbarten Ausland und machen damit einen wichtigen Schritt Richtung Europa.» Hier lässt das vom Bundesrat angestrebte Stromabkommen mit der EU erahnen, wohin die Reise geht.

Gefährliche Verteufelung von Atomstrom

Dazu kommt, dass die EKZ freiwillig auf «Atomstrom» verzichten, obwohl inzwischen auch von der EU klar gemacht wurde, dass dieser Strom den sogenannten «Neuen Erneuerbaren» gleichwertig, wenn nicht überlegen ist und zudem Bandenergie zur Netzstabilität liefert, d.h. dann zur Verfügung steht, wenn man ihn braucht. Ebenfalls kostentreibend wirkt der eigentlich unnütze Handel mit der europäischen Strombörse, auf die die EKZ wegen ihres «Atomverzichts» zurückgreifen mussten. Zusätzlich wurde die Eigenproduktion durch das fahrlässige Abschalten des Kernkraftwerkes Mühleberg mit 350 MW Leistung reduziert. Amerikanische Fachleute für den Abbau von Mühleberg erzählen, dass sie noch nie ein KKW in einem so guten Zustand gesehen hätten.

Eine wesentliche Erkenntnis kristallisiert sich beim Solarstrom heraus: Will man die durch den Ausbau des Netzes entstandene Kostenexplosion stoppen, empfiehlt sich dieser wegen der mangelnden Verfügbarkeit und der hohen Netzkosten nur für lokale Anwendung. Investitionen ohne Subventionen in diese ausgereifte Technologie lohnen sich nicht mehr, was sich auch in der Inflation der Einspeisevergütungen zeigt. Die Windenergie ist ebenso ineffektiv, verschandelt aber zusätzlich unsere schöne Landschaft.

Nachdem Deutschland als Vorreiter der Energiewende mit flächendeckenden Windanlagen mit Kohlenstrom-Backup zur Stützung des Netzes seine Strompreise mit Spitzen bis 70 cts/KWh erhöhen musste, kann man aus der aktuellen Situation in der Schweiz lernen, dass es wichtig ist, seine Stromrechnung zu studieren und die Fehlentwicklungen durch die «Energiestrategie 2050» zu bekämpfen.

Durch das fahrlässige Abschalten des Kernkraftwerkes Mühleberg mit 350 MW Leistung wurde die Eigenproduktion massiv reduziert. Bild: Wikimedia

UNGENIESSBARE REZEPTE VON BUNDESRAT BEAT JANS

Mit mehr Bürokratie wird die Zuwanderung nicht gestoppt

Der Bundesrat gibt erstmals zu, dass die Zuwanderung in die Schweiz «mit grossen Herausforderungen» verbunden sei. Gleichzeitig lehnt er die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz (Nachhaltigkeitsinitiative)» ohne Gegenvorschlag ab. Stattdessen will SP-Bundesrat Jans in klassisch sozialistischer Manier mehr Geld ausgeben: mehr staatliche Wohnbauförderung, mehr Integration, mehr Infrastruktur.

Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Mehr Geld ausgeben anstatt Probleme lösen: Der Bundesrat will offensichtlich nicht weniger Zuwanderung, sondern mehr staatliche Gelder. Damit kann er das Problem staatlich bewirtschaften, ohne es zu lösen.

Alles mit Geld zudecken

Die illegale Migration wird nicht gestoppt, die grosse Bürokratie wird mit noch mehr Beamten ausgebaut. So wird von der Förderung von inländischem Arbeitspotenzial schwadroniert. Man will alles mit Geld zudecken und keinen einzigen Asylbegehrer oder Zuwanderer weniger ins Land lassen. Inwiefern eine Einschränkung des Erwerbs von Ferienwohnungen und Wohneinheiten in Apparthotels durch Personen im Ausland zur Entspannung des Wohnungsmarktes beitragen kann, soll lediglich «geprüft» werden. Dazu werden weitere Impulsprogramme im Bereich der Arbeitsvermittlung und staatlicher Wohnbauförderung aufgestellt; auf dass noch mehr Zuwanderung kommt.

Magnetwirkung des Sozialstaates

Rund 100 000 Zuwanderer muss die Schweiz jedes Jahr verkraften, dazu Zehntausende Asylanten. Die Folgen dieser masslosen Zuwanderung sind bekannt: steigende Mieten, überfüllte Züge, verstopfte Strassen, alles wird teurer, Probleme in den Schulen, importierte Kriminalität und die Magnetwirkung des schweizerischen Sozialstaates führen zu unhaltbaren Zuständen.

Da will die Nachhaltigkeitsinitiative ansetzen. Die endlose Zuwanderung muss unterbrochen werden. Dazu muss die Schweiz ihre Einwanderung wieder selbst steuern können. Und notfalls bedingt dies die Kündigung der exorbitanten Personenfreizügigkeit.

Die Schweiz in Ordnung bringen

Wir müssen die Schweiz wieder in Ordnung bringen. Es kann nicht sein, dass Asylmigranten sich ihr Asylland selbst auswählen können. Nach wie vor ist der Bundesrat der Meinung, man könne 25 000 Asylanten im Jahr gut verkraften. Die Zahl der Fürsorgeabhängigen mit Schweizer Pass und Ausländer ohne Asylhintergrund hat dank der guten Konjunktur stark abgenommen; jene aus dem Asylbereich steigt jedoch steil an. Mittlerweile haben 43 Prozent aller Sozialhilfebezüger einen Asylhintergrund.

Schliesslich ist die Nachhaltigkeitsinitiative das beste Mittel, um das Rahmenabkommen mit der Europäischen Union zu verhindern. «Eine Annahme der Nachhaltigkeitsinitiative würde auch dieses Ziel gefährden», findet Bundesrat Jans.

Horrende Asylkosten

Der Zürcher Nationalrat Thomas Matter – einer der Väter der SVP-Initiative – hat in einer Asyldebatte Bundesrat Jans eine präzise Frage gestellt: «Was kostet heute den Steuerzahler das gesamte Asylwesen in der Schweiz?» Der verantwortliche Asylvorsteher stotterte: «Es sind, äh ou, ich kann es nicht auswendig. Ich sage lieber keine falsche Zahl. Tut mir leid.» Es sind allein beim Bund rund 3,5 Milliarden Franken. Pro Jahr!

Die endlose Zuwanderung muss unterbrochen werden, dazu muss die Schweiz ihre Einwanderung wieder selbst steuern können. Bild: SVP Schweiz

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Viel Weihrauch um nichts

Gut, dass das Parlamentsgebäude vor dem Umbau eine Kirche war. Schlecht, dass die Kanzel nicht im Saal belassen wurde. Denn diese hätten am Montag zahlreiche linke Politiker nur zu gerne benützt, um der SVP die Leviten zu lesen und trotz Kirchenaustritt die Zuhörer über das Christentum zu belehren.

Tobias Infortuna
Kantonsrat SVP
Egg

Als Erstes wurde an diesem Montag Beat Habegger von der FDP zum neuen Vizepräsidenten des Kantonsrates gewählt, nachdem sein Parteikollege Martin Farner aus gesundheitlichen Gründen auf dieses Amt verzichtet hatte. Die gesundheitlichen Gründe wären bei einem Kantonsrat der SVP über Wochen von den Medien ausgeschlachtet worden, der FDP-Mann hingegen kam zum Glück glimpflich davon. Offenbar war Beat Habegger in der FDP-Fraktion nicht der einzige Kandidat, erhielt doch eine seiner Parteikolleginnen ebenfalls zahlreiche Stimmen. Der Ablauf erinnerte also an eine Bundesratswahl und blieb nicht die einzige Uneinigkeit des Tages in der FDP.

Geld für Muslime

Danach folgte die fast bibellange Debatte über die finanziellen Beiträge für die anerkannten Religionsgemeinschaften. Es ging um 50 Millionen pro Jahr. Weil bekannt geworden war, dass die reformierte und die katholische Kirche davon je eine Million Franken an nicht anerkannte, also auch an muslimische, Gemeinschaften weitergegeben hatten, kam es zu langen Diskussionen. Christina Zurfluh (SVP) betonte, dass es zwar um Religionen gehe, die rechtlichen Grundlagen aber auf weltlichen Vorgaben beruhen müssten. Und weil eine Weitergabe der Gelder im Gesetz nicht vorgesehen sei, müsse hier um diese zwei Millionen gekürzt werden. Die FDP war, wie bereits erwähnt, bei dieser Frage gespalten und die anderen Parteien komplett gegen die Kürzung.

Linke plötzlich religiös?

Die linken Parteien legten sich mächtig ins Zeug, damit den Kirchen das Geld nicht gekürzt wurde. Sind sie plötzlich religiös geworden? Nein, natürlich nicht, aber weil es die Muslime sind, die in den Genuss dieser weitergegebenen Millionen kommen, überboten sie sich gegenseitig damit, wer der bessere Christ mit der grösseren Nächstenliebe sei. Sogar die Kommunisten der Alternativen Liste, die sich selbst als religionskritisch bezeichnen und sonst hinter der Aussage ihres Gottes Karl Marx stehen, dass Religion Opium fürs Volk sei, fanden die vielen Millionen für die Kirchen plötzlich eine erleuchtende Sache. Die Grünen forderten sogar noch mehr Geld, weil die Kirchen sich um himmlische Aufgaben wie die Unterstützung von Asylanten kümmerten. Die Mitte, die noch vor kurzer Zeit Christliche Volkspartei hiess, war ebenfalls entzückt über die Gelder für Muslime. Als Mitte darf die ehemalige CVP nun eben geistige Verrenkungen vollführen, ohne im Anschluss die Beichtstühle aufsuchen zu müssen.

Nur der weisse Rauch über dem Kantonsrat fehlte

Während Die Mitte eigentlich beten sollte, dass ein guter Bundesrat gefunden wird, schien sich die GLP im Rausch des Weihrauchs zu befinden und bemühte sogar Pfarrer Sieber und den Kampf gegen die Armut, um das Geld für den Islam zu rechtfertigen. Und das, obwohl der Islam in der Schweiz auch ohne zusätzliches Geld rasant wächst.

Nach mehreren Stunden Debatte konnte endlich abgestimmt werden, die Entscheidung war gefallen. Halleluja. Eine deutliche Mehrheit befand, dass die Christen weiterhin mit Geld der Allgemeinheit die Muslime unterstützen dürfen – obwohl Christen im Islam gerne als Ungläubige bezeichnet werden. Ob der nächste Ausflug der Kantonsratsfraktionen nach Mekka führt, weiss nur der Himmel. Amen.

Ob der nächste Ausflug der Kantonsratsfraktionen nach Mekka führt, weiss nur der Himmel. Bild: Pixabay

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Öffentliche Gelder ohne öffentliche Kontrolle

Hans Egli
Kantonsrat EDU
Steinmaur

Die SVP/EDU-Fraktion schätzt das kirchliche Engagement zugunsten unserer Gesellschaft und ist vom gesamtgesellschaftlichen Nutzen überzeugt. Dennoch teilen wir die Begründung für die Weitergabe eines Teils des Staatsbeitrages an nicht anerkannte Religionsgemeinschaften nicht. Die Weitergabe wird nämlich damit begründet, dass die Kirchen damit auf die «mangelnden gesetzlichen Grundlagen» des Staates reagieren, nicht anerkannte Religionsgemeinschaften für gesamtgesellschaftliche Tätigkeiten zu unterstützen.

Es ist unseres Erachtens unanständig, die hohle Hand zu machen und vom Staat 300 Millionen Franken entgegenzunehmen und dann gleichzeitig zu behaupten, die gesetzlichen Grundlagen ebendieses Staates seien mangelhaft.

Die gesetzlichen Grundlagen sind alles andere als mangelhaft. Die Gesetze ermöglichen es nämlich jeder Religionsgemeinschaft, eine öffentlich-rechtliche Anerkennung – sei es die eigentliche oder die «kleine» Anerkennung – zu beantragen. Jede muslimische Gemeinschaft könnte dies tun, wenn sie denn wollte. Aber das würde unter anderem bedeuten: Transparenz über die Finanzen und Gleichstellung der Geschlechter.

Würden diese nicht anerkannten Religionsgemeinschaften diese öffentlich-rechtliche Anerkennung beantragen und sich an solche Selbstverständlichkeiten unseres Staates halten, würden sie auch einen Teil dieser 300 Millionen bekommen – sofern sie Aufgaben zugunsten der Gesamtbevölkerung wohlgemerkt erbringen.

Die beiden Landeskirchen wollen nun aber – nicht einmalig, sondern auf Dauer ausgerichtet – öffentliche Gelder an Organisationen weiterleiten, die diese öffentliche Anerkennung scheuen; oder die vielleicht in einer Volksabstimmung diese öffentlich-rechtliche Anerkennung nicht zugesprochen bekommen würden.

Die Kirchen werden also somit zu politischen Akteuren, die den muslimischen Organisationen de facto öffentliche Anerkennung zukommen lassen, obwohl keineswegs sicher ist, dass das Zürcher Stimmvolk dies auch goutieren würde, wenn es denn zu einer Volksbefragung käme.

Schliesslich weisen wir von der SVP/EDU-Fraktion darauf hin, dass diese Gelder, die da an muslimische Organisationen mit dem Zweck weitergegeben werden, für diese muslimischen Organisationen Strukturen aufzubauen, keiner öffentlichen Kontrolle unterstehen. Es gibt keine Möglichkeit für den Kantonsrat, zu kontrollieren, was mit diesen Geldern gemacht wird.

Wir von der SVP/EDU-Fraktion wollen nicht, dass die Landeskirchen öffentliche Gelder ohne jede öffentliche Kontrolle an nicht anerkannte muslimische Religionsgemeinschaften weiterleiten und kürzen den 300-Millionen-Rahmenkredit um 12 Millionen Franken. Trotz unserer Warnung wurde der volle Rahmenkredit mit 104 Ja zu 56 Nein bei 6 Enthaltungen leider angenommen.

Das Votum im Kantonsrat als Video:

WORTE DES PARTEIPRÄSIDENTEN

Schützen wir unser Land – bevor es zu spät ist

Es lässt einen sprachlos zurück: Ein Eritreer – bereits mehrfach vorbestraft und gerade vorzeitig aus der Haft entlassen – verprügelte im Februar 2023 am Zürcher Hauptbahnhof zwei ihm völlig unbekannte Frauen auf brutale Weise. Sein Grund? Eine der Frauen hatte seinen Rollkoffer gestreift. Er trat ihr mit schweren Stiefeln ins Gesicht, stampfte weiter zu, selbst als sie bewusstlos am Boden lag. Auch eine 16-Jährige, die helfen wollte, wurde Opfer seiner Gewalt. Die Bilder der Tat sind so verstörend, dass selbst erfahrene Staatsanwälte sagen: «Schlimmer geht es nicht.»

Schweiz: Paradies für Verbrecher

Wie konnte es so weit kommen? Der Täter kam als angeblicher Flüchtling in die Schweiz, wurde aufgenommen, ausgebildet und mit Sozialhilfe unterstützt. Sechs Vorstrafen wegen Gewaltdelikten – und trotzdem war er noch hier! Und jetzt? Jetzt wird er die nächsten zehn Jahre im Gefängnis verbringen. Kostenpunkt: Rund 600 000 Franken pro Jahr – natürlich bezahlt die Rechnung der Schweizer Steuerzahler. Anstatt dass er längst ausgeschafft wurde, müssen wir ihn weiter durchfüttern und sein Leben im Strafvollzug finanzieren. Doch der eigentliche Witz kommt erst noch: Selbst nach seiner Strafe ist es nicht sicher, dass er das Land verlassen muss! Da werden nun jahrelang Verfahren geführt, linke Anwälte und Asyl-Lobbyisten setzen sich für ihn ein – und am Ende bleibt er vielleicht einfach hier.

Es ist doch offensichtlich: Solche Leute haben in der Schweiz nichts verloren! Unser Staat nimmt sie mit offenen Armen auf, finanziert ihr Leben, duldet ihre Gewalt – und schützt sie sogar noch, wenn sie grausamste Gewalttaten verübt haben und ausgeschafft werden müssten. Unser Staat und unser lasches Ausländergesetz schützten zugewanderte Verbrecher anstatt unsere Leute, die Schweizerinnen und Schweizer, zu schützen.

Importierte Gewalt stoppen!

Die SVP fordert seit Jahren: Grenzen sichern, kriminelle Ausländer ausschaffen, Asylmissbrauch beenden! Doch stattdessen kuschen unsere Behörden vor linken Gutmenschen, die meinen, jeder hätte das Recht, in unser Land zu kommen – egal, wie viele Verbrechen er begeht. Dabei ist die Realität brutal: Wir importieren Gewalt, Unsicherheit und Chaos. Die Opfer sind Schweizerinnen und Schweizer – und unser Staat schaut zu.

Wie viele Opfer braucht es noch? Wann endlich beginnt unser Land, seine Bürger zu schützen? Die SVP wird nicht ruhen, bis dieser Wahnsinn ein Ende hat. Wir kämpfen für eine Schweiz, die sicher ist. Eine Schweiz, die sich nicht länger von einer völlig verfehlten Asylpolitik in den Abgrund ziehen lässt. Schützen wir unser Land – bevor es zu spät ist!

von Domenik Ledergerber

Kantonsrat Zürich | Justizkommission

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht

drei Ersatzmitglieder für das Obergericht (FDP, SVP, EVP)

per 1. Juli für die Amtsdauer 2025-2031

Das Obergericht des Kantons Zürich ist Rechtsmittelinstanz in Zivil- und Strafsachen. Ihm ist das Handelsgericht angegliedert, das sich als erste Instanz mit handelsgerichtlichen Prozessen befasst. Ferner ist das Obergericht zuständig für die selbständige Justizverwaltung der zürcherischen Zivil- und Strafgerichte und des Notariatswesens.

Anforderungen:
- Vertiefte Kenntnisse des materiellen Zivil- und Strafrechts sowie des Zivil- und Strafprozessrechts
- Mehrjährige Tätigkeit an einem Gericht
- Vertrautheit und sicherer Umgang mit juristischen Fragestellungen und Problemlösungen
- Fähigkeit zur vertieften Auseinandersetzung mit schwierigen Rechtsfragen und komplizierten Sachverhalten sowie Fähigkeit, diese auf das Wesentliche zurückzuführen und verständlich darzustellen
- Verhandlungsgeschick, sicheres Auftreten, Sozialkompetenz, Durchsetzungsvermögen und Entscheidungsfreude
- Einsatzbereitschaft, Ausdauer und Belastbarkeit
- Kommunikations- und Teamfähigkeit
- Stimmberechtigung im Kanton Zürich, Alter bei Amtsantritt unter 65 Jahren
- Einwandfreier Leumund

Die drei Sitze werden von den Fraktionen der FDP, SVP und EVP beansprucht. Die jährliche Besoldung richtet sich nach dem Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung der Besoldungen der Mitglieder des Obergerichts vom 22. April 1991 (LS 212.53).

Umfassende Informationen zum Obergericht finden Sie im Internet unter http://www.gerichte-zh.ch/organisation/obergericht.html. Weitere Auskünfte erteilt die Sekretärin der Justizkommission, Nathalie Malinowski, unter Tel. 043 259 20 67.

Interessiert?
Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung mit den üblichen Unterlagen sowie einem aktuellen Strafregisterauszug und einer Wohnsitzbestätigung (beide nicht älter als drei Monate) bis zum **18. Februar 2025** unter:

https://www.kantonsrat.zh.ch/aktuell/stellenausschreibungen/

ZU VIELE UNKLARE PUNKTE

Kritische Bemerkungen zum neuen Rahmenvertrag

Der Bundesrat hat die Verhandlungen mit der EU zum neuen Rahmenvertrag vor Weihnachten letzten Jahres materiell abgeschlossen. Das letzte Wort über das neue Vertragswerk dürfte das Schweizer Stimmvolk haben.

Tiziana Meier
Sozialkommission
Wangen-Brüttisellen

Stand heute sind die Vertragstexte noch nicht publiziert. Das Verhandlungsergebnis wurde vom Bundesrat vorerst nur zusammengefasst und mittels Faktenblättern kommuniziert. Einerseits verpflichtet sich die Schweiz bei den fünf bestehenden und neuen Binnenmarktabkommen, EU-Recht dynamisch zu übernehmen. Bei Streitigkeiten urteilt grundsätzlich ein gemeinsames Schiedsgericht. Wenn es jedoch um EU-Recht geht, behält künftig der Europäische Gerichtshof das letzte Wort.

Kohäsionsbeitrag von 350 Millionen – pro Jahr

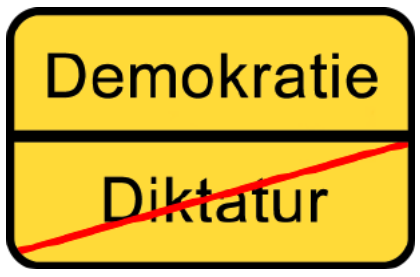
In Zukunft soll ein Schiedsgericht darüber entscheiden, ob die Schweiz Massnahmen gegen eine zu hohe Zuwanderung aus der EU ergreifen darf. Die Schweiz kann bei «schwerwiegenden wirtschaftlichen oder sozialen Problemen» neu eine Schutzklausel zur Begrenzung der Zuwanderung auslösen. Jedoch müsste der Bundesrat dem Schiedsgericht beweisen, dass die Zuwanderung aus der EU auf nationaler Ebene wirtschaftliche Probleme schafft. Gelingt ihm dies nicht, können auch keine Schutzmassnahmen angewandt werden. Somit bleibt höchst fraglich, wie tauglich eine solch neue Schutzklausel überhaupt ist.

Zudem soll die Schweiz ab 2030 einen jährlichen Kohäsionsbeitrag von 350 Millionen Franken an die EU leisten. Des Weiteren könnten Firmen aus der EU ihren Mitarbeitenden bei Einsätzen in der Schweiz dieselben Spesen zahlen wie in ihrem Herkunftsland. Diese dürften bekanntlich viel tiefer ausfallen als es in der Schweiz üblich ist, was den Lohnschutz beeinträchtigt.

Noch viel Klärungsbedarf

Der Bundesrat plant, das Vertragspaket noch vor der Sommerpause in die Vernehmlassung zu schicken. Allerdings ist zum jetzigen Zeitpunkt unklar, ob jenes im Inland politisch überhaupt eine Chance hat. Längst nicht alle Parteien stehen geschlossen hinter der neuen Vorlage. Die SVP als grösste nationale Partei stellt sich entschieden gegen den neuen Rahmenvertrag, aber auch aus der Wirtschaft sind vermehrt kritische Stimmen zu verzeichnen. So verlangt die im September 2024 lancierte «Kompass-Initiative», dass wichtige Staatsverträge zukünftig von Volk und Ständen abgesegnet werden müssen. Zudem sind sich Gewerkschaften und Arbeitgebende einig, dass der Lohnschutz mit der umstrittenen Spesenregelung der EU nicht effektiv ist und dass diese in der Schweiz nicht angewendet werden darf.

Fazit: Das Schweizer Politsystem – direkte Demokratie, Subsidiaritätsprinzip, Föderalismus und Konkordanz – passt nicht zur hierarchischen Struktur der EU. Ebenso gibt die neue Höhe des Kohäsionsbeitrages zu reden. Für die Schweizer Bevölkerung dürfte es schwierig sein nachzuvollziehen, warum die Schweiz der EU jährlich einen so hohen Betrag von 350 Millionen Franken auszahlen kann, während im Inland nach wie vor die zukünftige Finanzierung der AHV-Renten nicht gesichert ist. Bevor die Schweizerinnen und Schweizer über das neue Vertragspaket an der Urne entscheiden können, besteht somit noch viel Klärungsbedarf.



Die direkte Demokratie der Schweiz passt nicht zur hierarchischen Struktur der EU. Bild: Pixabay

WINDRÄDER UND GEMEINDEAUTONOMIE

Baudirektor Martin Neukom bleibt stur

Die Gemeindeversammlung Hittnau hat einen 1000-Meter-Abstand von 220 Meter hohen Windrädern von Wohnhäusern in ihrer Bauordnung beschlossen. Gemeindebauordnungen sind genehmigungsbedürftig. Die Baudirektion des Kantons Zürich genehmigte diese Ergänzung der Bauordnung von Hittnau nicht. Denn die Gemeinde habe kein Recht, ausserhalb des Baugebietes zu legiferieren.

Karl Spühler
Alt Bundesrichter SVP
Winterthur

Der Gemeinderat von Hittnau will die Nichtgenehmigung bei den zuständigen Gerichten anfechten. Der Widerstand hat gute Chancen, wobei man sich bewusst sein muss, dass Prozesse stets Überraschungen bringen können.

Recht und nicht linksgrüne Ideologie

Auszugehen ist von Art. 2 der Zürcher Kantonsverfassung. Dort wird mit aller Eindeutigkeit und Klarheit gesagt, Grundlage des staatlichen Handelns ist stets das Recht. Das gilt auch für das Genehmigen von Erlassen von Gemeinden. Nicht die Ideologie, sondern allein das Recht ist massgebend. Die Gemeinden berufen sich in erster Linie auf ihre Gemeindeautonomie. Diese ist in der Bundesverfassung in Art. 50 garantiert. Diese Bestimmung besagt, die Gemeindeautonomie sei ein verfassungsmässiges Recht und gelte «nach Massgabe des kantonalen Rechts». Die Garantie ist somit nicht in allen Kantonen gleich.

Im Kanton Zürich ist die Gemeindeautonomie besonders stark verankert. Deshalb ist Vorsicht geboten, schweizweit zu argumentieren. Diesen Grundsatz missachtet die Zürcher Baudirektion, indem sie diese Differenzierung übersieht. Nicht alle höchstrichterlichen Entscheide dürfen zur konkreten Argumentation der Tragweite der Gemeindeautonomie beigezogen werden, sondern vornehmlich nur die Bundesgerichtsentscheide, welche sich mit dem Inhalt und dem Ausmass der Gemeindeautonomie im Kanton Zürich auseinandersetzen. Abzustellen ist somit vorab auf die Entscheide aus Lausanne für den Kanton Zürich. So wurde vor nicht allzu langer Zeit entschieden, dass man sich auf die Richtplanung zu stützen habe. Diese hat die Baudirektion verfassungswidrig nicht beachtet. Wo sind in einem rechtskräftigen Richtplan von Kanton, Region Zürcher Oberland und Gemeinde Hittnau Windenergieanlagen bestimmt und festgelegt?

Gemeinden haben weiten Gestaltungsspielraum

Das Bundesgericht hat wiederholt klar und eindeutig festgehalten, den Zürcher Gemeinden stehe insbesondere beim Erlass von Bauordnungen ein weiter Gestaltungsspielraum zu. Und hier dürfte die Argumentation der Zürcher Baudirektion gänzlich zusammenfallen: Nirgends sagt das Bundesgericht, seine Erwägungen gälten nicht für das ganze Gemeindegebiet, sondern nur für das Baugebiet. Auch das Planungs- und Baugesetz des Kantons Zürich sagt nichts dergleichen, vor allem nicht in der massgeblichen Bestimmung. Pure Ideologie von Baudirektor Neukom beim Verkennen dieser Rechtsprechung! Wo bleibt die Bindung ans Recht, wo bleibt die Beachtung unseres Rechtstaates? Verfassungs- und gesetzwidrig soll Ideologie den Gemeinden verbieten, über ihr ganzes Gemeindegebiet zu legiferieren.

Seltsame Widersprüche

Das Zürcher Planungs- und Baugesetz verlangt ausdrücklich, dass die Gemeindebauordnungen dafür sorgen müssen, dass möglichst keine Beeinträchtigungen von Land und Leuten erfolgen und dass sie für die Qualität von Siedlungen einzustehen haben. Ist dies bei den allgemein bekannten Auswirkungen von über 200 Meter hohen Windrädern (Lärm, Schattenwurf, Verlust von wertvollem Wald, Beeinträchtigung von Einwohnern sowie Wild- und Nutztieren, Eingriffen in Erholungsgebiete usw.) nicht widersprüchlich zu den grünen Positionen?

Kantonsrat Zürich | Justizkommission

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht

ein Ersatzmitglied für das Verwaltungsgericht (SVP)

per 1. Juli für die Amtsdauer 2025-2031

Das Verwaltungsgericht ist oberste kantonale Gerichtsinstanz im Bereich des Verwaltungsrechts. Es hat sowohl kantonales Recht als auch grosse Teile des Bundesverwaltungsrechts anzuwenden. Das Verwaltungsgericht ist insbesondere zuständig für Streitigkeiten betreffend Raumplanungs-, Bau- und Umweltschutzrecht, Enteignungsrecht, Steuerrecht, Kausalabgaberecht, Personalrecht, Fürsorgewesen, Gesundheitswesen, Submissionswesen, Ausländerrecht, Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, Massnahmen nach Gewaltschutzgesetz, Straf- und Massnahmenvollzug, Administrativmassnahmen im Strassenverkehr, Polizeirecht.

Anforderungen:

- Vertiefte Kenntnisse im Verwaltungsverfahrensrecht und durch Praxis oder wissenschaftliche Tätigkeit erworbene Spezialkenntnisse in mindestens einem Gebiet des besonderen Verwaltungsrechts
- Mehrjährige Tätigkeit
  - in einer Verwaltung und/oder
  - an einem Verwaltungsgericht und/oder
  - an einer Vorinstanz des Verwaltungsgerichts und/oder
  - Anwaltstätigkeit mit Schwerpunkt Öffentliches Recht
- Stimmberechtigung im Kanton Zürich
- Alter bei Amtsantritt unter 65 Jahren
- Einwandfreier Leumund

Der Sitz wird von der Fraktion der SVP beansprucht. Die jährliche Besoldung richtet sich nach dem Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung der Besoldungen der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Verwaltungsgerichts vom 7. Juli 1997 (LS 175.22).

Umfassende Informationen zum Verwaltungsgericht finden Sie im Internet unter www.vgrzh.ch. Weitere Auskünfte erteilt die Sekretärin der Justizkommission, Nathalie Malinowski, unter Tel. 043 259 20 67.

Interessiert?
Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung mit den üblichen Unterlagen sowie einem aktuellen Strafregisterauszug und einer Wohnsitzbestätigung (beide nicht älter als drei Monate) bis zum **18. Februar 2025** unter:

https://www.kantonsrat.zh.ch/aktuell/stellenausschreibungen

SVP USTER

Gemütlicher und interessanter Parteihöck im Talgarten

Es war ein spannender Abend mit guten Diskussionen und wertvollen Einblicken. Ein grosses Danke an Gemeinderat Andres Ott und Nationalrat Martin Hübscher für ihre interessanten Ausführungen zur politischen Arbeit in Uster und in Bern.

Ebenso ein herzliches Dankeschön an das Team vom Restaurant Talgarten für die tolle Gastfreundschaft und den gemütlichen Rahmen. Solche Höcks sind essenziell für den Austausch und das gemeinsame Vorantreiben unserer bürgerlichen Politik – auch über die Parteigrenzen hinweg.

SVP Uster

v.l.n.r.: Werner Riedle; Markus Zoller; Andres Ott, Gemeinderat SVP; Dieter Hohmann, Gemeinderat SVP; Anita Borer, Kantonsrätin SVP; Martin Hübscher, Nationalrat SVP; Irmgard Berwing-Enz; Carole Ott-Moennig; Desirée Gruber; Daniel Schnyder, Gemeinderat SVP. Bild: SVP Uster

SVP WEININGEN

Nationalrätin Barbara Steinemann zu Gast

Im Rahmen des SVP-Stamms am 14. Januar 2025 waren im Schlössli Weiningen auch Nationalrätin Barbara Steinemann und Gemeindepräsident Mario Okle mit dabei.

Pünktlich um 20.00 Uhr eröffnete der Sektionspräsident Roman Fleisch zum ersten Stamm 2025 und begrüsste die Gäste und Mitglieder der SVP Weiningen. Nationalrätin Barbara Steinemann referierte zum Thema «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen» (Umweltverantwortungsinitiative). Aufmerksam verfolgten die Anwesenden ihre Erläuterungen über den Inhalt der Initiative und was aus ihrer Sicht dagegenspricht.

Auch an der Delegiertenversammlung wurde die klare NEIN-Parole gefasst. Gemeindepräsident Mario Okle meinte, er hätte es natürlich schwer, nach einer so brillanten Vorrednerin auch noch spannend referieren zu können. Seine Ausführungen zu den Gemeindeaufgaben im vergangenen Jahr und den bevorstehenden Herausforderungen im Jahr 2025, welche auf uns zukommen werden, wurden von den Anwesenden ebenso gespannt aufgenommen.

Mit einem kleinen Präsent aus dem «Wiesentäli» bedankte sich Roman Fleisch bei den Referenten. Nach einer kurzen Information über die nächsten Geschehnisse und die geplanten Termine der SVP Weiningen wurde der Stamm geschlossen und zu dem nicht unwichtigen, gemütlichen Beisammensein in der Runde gewechselt.

SVP Weiningen

HERRSCHAFTSFORMEN DES SCHRECKENS

Szenarien des Verlustes der Souveränität der Schweiz

Wenn sich die Oligarchie, die Herrschaft der Wenigen, mit der Ochlokratie, der Herrschaft des Pöbels, verbindet, dann ist es um die Demokratie, die Herrschaft des Volkes, schlecht bestellt.

Bernhard im Oberdorf
Kantonsrat SVP
Zürich

Verstörend war, als Donald Trump verkündete, dass von den USA auch Grönland gekauft und Kanada der Bundesstaat 51 werden soll; die Grenzen zum nördlichen Nachbarn seien künstlich. Und die Frage, ob er in Grönland und Panama auch Truppen einsetzen wolle, liess er offen.

Gewiss gab es früher Pläne, Grönland zu erwerben; doch diese führte der damalige Präsident Harry S. Truman nicht mehr weiter. Heute betreiben die USA in Nordgrönland mit Thule eine militärische Basis. Auch haben die USA «ihr» Alaska einst Russland abgekauft – und das sollte sich sicherheitspolitisch als bedeutsam erweisen; Grönland ist auch von den Bodenschätzen her von Bedeutung.

Imperialismus verbunden mit Kolonialismus

Falls Trump den Anspruch erhebt, die Vereinigten Staaten durchgehend von der Bering Street zwischen Russland und Alaska bis zur Danmark Street zwischen Grönland und Island auszudehnen – nötigenfalls mit einer in Aussicht gestellten militärischen Intervention gegen NATO-Staaten – dann sind dies ganz neue Dimensionen: ein eigentlicher Imperialismus.

Dies muss zusammenhängend gesehen werden, weil Ultranationalisten im Kreml davon schwadronieren, dass Russland von Wladiwostok an der Bering Street bis nach Lissabon reichen soll. Bringt man dies in Einklang mit der Tatsache, dass Trump kein Staatsmann, sondern ein Dealer ist – und ein Einklang besteht zwischen den Mentalitäten eines Imperialisten in Washington und eines Kolonialisten in Moskau – dann öffnen sich Blicke in Abgründe.

Zweiteilung der Welt

Das wäre die Zweiteilung der Welt in eine amerikanische Sphäre von Alaska bis Grönland und eine russische von Kamtschatka bis Lusitanien. Für die Verteidigung von Europa würde Trump dann nicht einen nuklearen Angriff auf eine amerikanische Stadt riskieren wollen; damit hätte Trump den nuklearen Abwehrschirm zugemacht. Auch eine neutrale Schweiz würde kolonialisiert: mit etwas weniger Privilegien als Ungarn und die Slowakei, die sich schon frühzeitig dem Kreml unterworfen haben.

Eine Zweiteilung der Welt in Einflussgebiete ist nicht neu. Schon 1494 machten das die Seeweltmächte vor: Spanien und Portugal schlossen in Zentralspanien den «Contrato de Tordesillas», der die Welt in eine spanische Einflusssphäre auf der Westhalbkugel (Lateinamerika) und eine portugiesische (südliches Afrika und Asien mit Macao) teilte. Dieser Deal hatte für Jahrhunderte Bestand bis zum Zusammenbruch des Kolonialismus.

Da stellt sich die Frage, wie ein verurteilter Straftäter, der weit gravierendere Verfahren durch Verzögerungstaktik über das Wahldatum hinaus verschob, gewählt werden konnte – in Europa und der Schweiz wäre nur schon die Kandidatur mit einem derartigen Leumundszeugnis heute undenkbar. Aber bereits Napoleon gelang es, nach seiner Verbannung aus Elba zurückzukommen; immer mehr Unterstützer versammelten sich hinter dem scheinbar Einflussreichen. «L'état c'est moi» galt mit Zehntausenden von Toten bis zum Desaster von Waterloo.

Zusammenschluss der Oligarchen und der Ochlokraten

Und so versammelt sich hinter Donald Trump die Oligarchie: Jeff Bezos, Marc Zuckerberg und insbesondere Elon Musk, der sich mit einer Wahlhilfe von einer Viertelmilliarde in die Regierung einkaufte. Auch die Herrschaft der Milliardäre über die «Sozialen Medien» übt Wirkung aus. Dass diese für Manipulationen anfällig sind, weiss man: In Rumänien musste die Wahl wegen einer belegten Manipulation durch Russland annulliert werden; in Georgien stehen solche Vorgänge unter dringendem Verdacht – Beispiele für gehackte Demokratien.

Um den Reigen des Schreckens noch vollständig zu machen, begnadigte Trump die Kriminellen vom Kapitolsturm, die auch durch die Vision eines Staatsstreiches motiviert waren. Diese bildeten den Gipfel der Spitze des Eisberges der Ochlokraten, des Pöbels, der Trump auch gestützt haben dürfte. Das ist eine andere Dimension als die vorsorglichen Begnadigungen, die Biden aussprach: Dazu gehörte auch der ehemalige Generalstabschef Marc Milley, der sich die Rachegelüste von Trump zuzog, weil er verhinderte, dass sich die Streitkräfte vom abgewählten Präsidenten instrumentalisieren liessen.

In Zentralspanien steht das Denkmal, das an den «Contrato de Tordesillas» erinnert, mit dem 1494 die Welt in zwei Einflusssphären aufgeteilt wurde.
Bild: Bernhard im Oberdorf

DIE CLASSE POLITIQUE GEGEN DAS SCHWEIZER VOLK

Kleine Gernegrosse

Mit dem Alter kommt man zur weisen Einsicht: «Es gibt nichts Neues unter der Sonne, stets schon ist es dagewesen.» Das gilt auch für die Europapolitik der Schweiz. Seit dem Ende des Kalten Krieges 1989 drängen die Politiker wie verängstigte Hühner unter den angeblichen Schutz und Schirm von internationalen Gebilden. Alle noch so kleinen Figuren spüren Aufbruchstimmung und Grössenwahn. Das Bewährte zählt nicht mehr.

Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Fast alle, die Rang und Namen haben – kurz: die *classe politique* – seien es Bundesräte, Parlamentarier, die ganze Bundesverwaltung oder das Verteidigungsdepartement, zieht es fast magisch in die NATO, die UNO und die EU. Die schweizerische Unabhängigkeit, die Volkssouveränität, unsere Neutralität, die direkte Demokratie missachten sie. Warum? So kann man sich vom lästigen Schweizer Volk im Nacken befreien. Es passt der *classe politique* nicht, dass das Schweizer Volk die Macht hat, denn die Volkssouveränität diszipliniert die Verwaltung und die Politiker.

Es stört die *classe politique*, dass das Volk der Souverän ist. Aber genau das ist die Stärke der Schweiz, darum soll das so bleiben.

Unbegreiflicherweise streben Bundesrat und mit Sicherheit auch das Parlament wieder einmal in die serbelnde EU. Einmal lockt man mit der Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), dann wieder mit einem Rahmenvertrag oder gänzlich verlogen: mit «Bilateralen III». Doch gemeinsam ist allen Begriffen: Es gilt, die Schweiz zu einer Kolonie der EU zu machen, um sie schliesslich in die EU zu führen. Unsere eigenen gewählten Politiker geben die freie, prosperierende und souveräne Schweiz auf, um ihre eigene Bedeutung zu steigern. Auch heute wieder – alles wiederholt sich.

Geht es nach dem Bundesrat, wäre die Schweiz auf dieser Karte blau eingefärbt – als NATO-Mitglied. Bild: Wikimedia

Fadegrad

von
Ueli Bamert

Staatsanwaltschaft auf Abwegen

Wie es sich anfühlt, wenn die Justiz als Waffe gegen politisch unliebsame Äusserungen eingesetzt wird, musste diese Woche Alt Nationalrat Claudio Zanetti am eigenen Leib erfahren. Zanetti wurde seitens der Zürcher Staatsanwaltschaft mit einer Anklage wegen Diskriminierung und Aufruf zu Hass konfrontiert. Sein Vergehen? Er hat auf der Plattform X einen Beitrag eines anderen Accounts weitergepostet, in der eine Faust in Israel-Farben abgebildet ist, die ein Hakenkreuz in Palästina-Farben zerschlägt. Der dazugehörige Text: «Nie wieder ist jetzt! Komme, was wolle.»

Der Beitrag ist offensichtlich als Kommentar auf den Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 zu verstehen. Dieser wird von Kommentatoren und Historikern einhellig als Pogrom eingestuft. Den Terroristen der Hamas ging es bei ihren Taten nachweislich um nichts anderes, als so viele jüdische Zivilisten – Männer, Frauen, Kinder und Alte – zu töten wie nur möglich. Niemals seit 1945 sind so viele Jüdinnen und Juden bei einem einzelnen Ereignis umgebracht worden wie am 7. Oktober 2023. Die im kritisierten Post verwendete Symbolik des Hakenkreuzes mag zwar krass sein, sie ist vor dem Hintergrund der fürchterlichen Ereignisse des 23. Oktobers aber durchaus nachvollziehbar. Dazu kommt, dass der Slogan «Nie wieder ist jetzt» seit Jahren zum festen Jargon all derjenigen zählt, die sich dem «Kampf gegen rechts» in unseren westlichen Demokratien verschrieben haben. Dass dieser Spruch und die dazugehörige Symbolik ausgerechnet dann ein Fall von «Aufruf zu Hass» sein sollen, wenn es um tatsächlich stattfindende Gräueltaten gegen Juden geht, ist an Ironie nicht zu übertreffen.

So oder so ist klar: Mit ihrer Anklage wegen «Diskriminierung und Aufruf zu Hass» schiesst die Zürcher Staatsanwaltschaft meilenweit übers Ziel hinaus. In Internetforen herrscht seit jeher ein äusserst rauer Umgangston und der kritisierte Beitrag gehört zum Harmloseren, was Plattformen wie X zu bieten haben. Was uns zum eigentlichen Problem bringt: Obwohl die Überlastung der Zürcher Staatsanwaltschaft seit Jahren ein offenes Geheimnis ist, findet sie offenbar ausreichend Zeit, in diesem vergleichsweise nebensächlichen Fall Anklage zu erheben. Der Verdacht liegt nahe, dass die Toleranzschwelle der Behörden bei angeblichen Verfehlungen von SVP-Politikern deutlich tiefer liegt als bei allen anderen.

Man muss die Aussage, die Claudio Zanetti mit seinem Reposting zum Ausdruck brachte, nicht unterstützen. Wenn derartige Äusserungen nach Meinung der Zürcher Justiz aber nicht mehr unter die freie Meinungsäusserung fallen sollen, dann bewegen wir uns auf äusserst dünnem Eis. Es ist Zeit, der offensichtlichen und undemokratischen Verpolitisierung des Justizapparates einen Riegel zu schieben.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

39 Tage Klimapolitik

Die wichtigste Frage bei Aktivitäten durch den Staat: Was bringt es? Ist der versprochene Effekt nicht erkennbar, muss sofort ein Marschhalt erfolgen. Vor allem, wenn der Staat Milliarden Steuerfranken einsetzt. Deshalb hat die SVP den Zürcher Stadtrat mit einer Anfrage im Parlament seine irrwitzige Klimapolitik überprüfen lassen. Die Linksgrünen versprechen nichts weniger, als die «Klimakrise» zu stoppen.

Samuel Balsiger
Gemeinderat und Fraktionspräsident SVP Zürich

Die Wahrheit ist: Die Welt geht nicht unter. Und welche Wirkung haben die 12 Milliarden Franken, die die Stadtzürcher für die linksgrünen Heilsversprechen aufwenden sollen? Durch die Anfrage der SVP steht nun zum ersten Mal in einem amtlichen Dokument, dass

> *«Es ist Zeit für mehr SVP und deutlich weniger Staat.»*

die Stadt Zürich für 0,003 Prozent des menschengemachten CO_2-Ausstosses verantwortlich ist. Selbst wenn die Stadt sich in Luft auflösen würde, es hätte keinen Einfluss auf das Klima. Da die Stadtbevölkerung weiterhin heizen, sich fortbewegen und sich sonstig betätigen muss, ist der wahre Einflussbereich nur ein Bruchteil der 0,003 Prozent. Dafür 12 Milliarden Franken verrichten?

Milliardenkosten für nichts

Die linke Klima- und Energiepolitik wird nicht nur extrem teuer, sondern auch äusserst brutal gegenüber der Bevölkerung. Eine unabhängige Studie im Auftrag der Stadt Zürich kommt zum Schluss: Durch die linke Klimapolitik drohen 40 000 Leerkündigungen. Also 40 000 Haushalte werden ihr Zuhause verlieren und nach den Renovationen werden die Mieten markant höher sein. All dies für einen Bruchteil vom 0,003-Prozent-Einflussbereich auf das Klima.

Weniger Staat, mehr Freiheit

Dann wollte die SVP vom Stadtrat noch wissen, in wie vielen Tagen China die gleiche Menge CO_2 ausstösst, welches die Stadt bis 2040 einsparen will. Es sind 39 Tage. 40 000 Leerkündigungen sowie 12 Milliarden Franken Kosten – und China bläst die eingesparte Menge an CO_2 in etwas mehr als einem Monat wieder raus. Die linke Klimapolitik ist an Absurdität nicht zu überbieten. Es ist Zeit, dass die Stadtzürcher Politik wieder zur Vernunft kommt. Es ist Zeit für mehr SVP und deutlich weniger Staat.

Gemäss einer Studie der rotgrünen Verwaltung drohen aufgrund der linken Klimapolitik in der Stadt Zürich 40 000 (!) Leerkündigungen. Bild: zVg

AUS DEM STADTPARLAMENT ILLNAU-EFFRETIKON

Zürcher Heimatschutz muss ausgebremst werden

Wenn man jetzt durch Effretikon fährt, stellt man einen starken Umschwung fest. Das Stadtzentrum rund um den Bahnhof entwickelt sich mit neuem, stärker verdichtetem Wohn- und Gewerberaum. Ein Beispiel hierfür ist die Überbauung «Bellis», welche sich direkt gegenüber dem Bahnhof präsentiert.

Daniel Huber
Stadtparlamentarier und Fraktionspräsident SVP Illnau-Effretikon

Genau vor fünf Jahren, bevor die Corona-Pandemie auch in unsere Gefilde schwappte und den Parlamentsbetrieb weitgehend lahmlegte, genehmigte der damalige Grosse Gemeinderat den zugehörigen Gestaltungsplan im Zentrum von Effretikon. Ende Januar gewährte Marco Bereuter, Eigentümer und Geschäftsführer der Bereuter Totalunternehmung AG, interessierten Parlamentarierinnen und Parlamentariern Einblick in die Räumlichkeiten des schon fast bezugsbereiten Gebäudes. Aufgrund der komplexen städtebaulichen Situation wurde die Überbauung mit zwei Gebäudekörpern konzipiert, die durch einen Sockel verbunden sind. Die beiden Gebäudeteile verbinden den belebten Bahnhof mit dem ruhigen, durchgrünten Wohnquartier. Das siebengeschossige Gebäude tritt von der Bahnhofstrasse zurück und schafft so einen Platz gegenüber dem Bahnhof, den sogenannten «Bahnhofplatz». Durch die publikumsorientierten Nutzungen im Erdgeschoss des Neubaus, welche ein Restaurant, eine Bankfiliale mit integriertem Café, eine Apotheke und einen geplanten «Comestibles-Bereich» beinhalten, wird der öffentliche Raum vor den Geschäften sicherlich belebt. Im Effretiker Zentrum wird also weiter ab- und aufgebaut und die parlamentarische Arbeit mündet in sichtbaren Ergebnissen. Wir freuen uns schon jetzt auf die nächsten Puzzlesteine der Zentrumsentwicklung in Effretikon.

Rückschlag für den Dorfplatz Illnau

Weniger erfolgreich gestaltet sich die Zentrumsentwicklung im Ortsteil Illnau. Der Zürcher Heimatschutz obsiegte vor Bundesgericht gegen den Volksentscheid, welcher einen Abbruch der Usterstrasse 23 und 25 fordert und mit einem Neubau im Randbereich des Grundstückes einen grösseren Dorfplatz ermöglicht hätte. Mit dem Entscheid des Bundesgerichts wird der Stimmbevölkerung von Illnau-Effretikon eine Schelle erteilt. Gemäss dem Urteil sei der Umsetzung der Volksinitiative lediglich «ein gewisses öffentliches Interesse beizumessen». Dass ein Gericht einen Volksentscheid mit einem einzelnen Urteil aushebeln kann, stösst bei der SVP Illnau-Effretikon auf Unverständnis. Dass mit diesem Urteil zusätzlich auch der Heimatschutz in seiner Art noch bestärkt wird, hilft dem Gesamtbild ebenfalls nicht. Ein Verband, welcher sich gegen eine Volksmehrheit stellt und sodann noch Recht erhält, dürfte somit weiter polarisieren und dem Wandel im Zentrum im Wege stehen.

Eine renovierungsbedürftige Hütte mitten in Illnau, welche seit Jahren baufällig und stark sanierungsbedürftig ist, muss nun, erzwungen durch den Heimatschutz, für einen horrenden Betrag saniert werden. Dass gewisse Zeitzeugen schützenswert sind, steht ausser Frage. Jedoch soll und muss bei solchen Bauten immer die Verhältnismässigkeit beachtet werden. Es dürfte somit spannend werden, welche Steine der Heimatschutz im Illnauer Dorfzentrum noch zusätzlich in den Weg legen wird, denn der Heimatschutz wird keine Ruhe geben und weitere Fortschritte mühsam verhindern oder verzögern. Eine Art, welche von der SVP Illnau-Effretikon in keiner Weise unterstützt wird. Diesem Fass ohne Boden muss nun Einhalt geboten werden. Die SVP setzte sich klar für die Umsetzung des Volkswillens ein. Da die Stimmbevölkerung die Sanierungsvariante explizit ablehnte, fordert die SVP, dass keine weiteren Gelder in diese Bauruine gesteckt werden. Auch ist eine Notlösung abzulehnen, bei der für einen halbherzigen Dorfplatz weitere Parkplätze auf unserem Stadtgebiet wegfallen würden.

Die Vorstösse, welche im Kantonsrat eingereicht wurden, um den Heimatschutz bei öffentlichen Bauten, im Gesundheitswesen und im Bildungsbereich auszubremsen, sind sicherlich ein wichtiger Anfang. Wie die Verteuerung durch die Unterschutzstellungen des Heimatschutzes aber bei weiteren Bauten verhindert werden kann, bleibt eine Knacknuss.

Weder schön noch zweckmässig: das marode Dorfzentrum in Illnau. Bild: Daniel Huber

SVP DIETIKON

Alt Bundesrat Ueli Maurer und Nationalrat Gregor Rutz zum Zustand der Schweiz

Der Freitagabend des 31. Januars 2025 hatte es in sich. Die SVP Dietikon organisierte einen öffentlichen Anlass mit Raclette-Essen à discrétion mit den Referenten Alt BR Maurer und NR Rutz zum Thema «Die Schweiz auf Schleuderkurs: Fünf Punkte, die wir dringend ändern müssten!». Die SVP Dietikon hat eingeladen und es kamen über 90 Personen.

Der Saal der Reitgesellschaft an der Limmat (RGL) füllte sich ab 18.30 Uhr rasant. Der Hunger wurde mit Raclette à discrétion durch den 11er-Club gestillt und die Gäste waren hungrig und durstig. Durstig nicht im Sinne von vielen Getränken, sondern Wissen und Erfahrungen des Referententeams. Über diese Themen referierten die zwei Top-Gäste:

1. Aussenpolitik: Für eine freie, unabhängige Schweiz!
2. Sicherheitspolitik: Für eine starke, einsatzfähige Armee!
3. Migrationspolitik: Zuwanderung steuern, Asylchaos aufräumen!
4. Finanzpolitik: Weniger Schulden, weniger Steuern, mehr Investitionsmöglichkeiten!
5. Gesetzesflut und Bürokratie: Mehr Freiheit, weniger Staat!

Die Gesellschaft hörte gespannt und interessiert zu. Nach den spannenden Darstellungen der Inhalte zu den fünf Punkten konnten die Anwesenden noch Fragen stellen, die kompetent und korrekt beantwortet wurden. Das Schöne war, dass weder Maurer noch Rutz ein Blatt vor den Mund nahmen, sondern klar und deutlich Stellung bezogen. Im Anschluss hatte man die Chance, «Selfies» mit den zwei Referenten zu machen, die rege genutzt wurde, obwohl die selbstgemachten Kuchen mit Kaffee zum Dessert warteten. Die Referenten Maurer und Rutz wurden mit einem Geschenk mit Produkten aus Dietikon von «Ferrari» verabschiedet.

Gegen 23.00 Uhr gingen die Gäste mit viel Wissen und Erkenntnissen nach Hause. Die SVP Dietikon dankt den Gästen fürs Kommen und den vielen «Helfenden». Ohne das Vorstandsteam wäre es nicht möglich gewesen, einen solch tollen Anlass zu organisieren. Wir haben gesehen, dass diese Form der Wissensvermittlung mit dem Gewinn von Erkenntnissen gefragt ist. Wir werden uns bemühen, diese Form mittelfristig zu wiederholen, und in der Zwischenzeit führen wir unsere Parteiversammlung mit Referenten zu den bereits erwähnten fünf Punkten weiterhin durch.

Eine aufgeklärte Gesellschaft ist ein grosser Wert für unsere Demokratie und unsere Meinungsfreiheit.

Rochus Burtscher,
Kantonsrat und Präsident SVP Dietikon,
Dietikon

Alt Bundesrat Ueli Maurer und Nationalrat Gregor Rutz im Plenum. Bild: SVP Dietikon

Kantonsrat Zürich | Justizkommission

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht

nebenamtliche Handelsrichterinnen oder Handelsrichter
per 1. Juli für die Amtsdauer 2025-2031

In diesem Amt wirken Sie in richterlicher Funktion bei der Behandlung von Rechtsstreitigkeiten mit, welche in die Zuständigkeit des Handelsgerichts fallen. Das Zürcher Handelsgericht wird zur Behandlung der einzelnen Rechtsfälle in der Regel mit zwei Mitgliedern des Obergerichts und mit drei Handelsrichterinnen oder Handelsrichtern besetzt. Den Vorsitz führt eine Oberrichterin oder ein Oberrichter. Als Handelsrichterin oder Handelsrichter bringen Sie Ihre Sachkunde aus Ihrer hauptberuflichen Tätigkeit ein. Die Justizkommission sucht **Handelsrichterinnen oder Handelsrichter** als Fachpersonen mit Spezialkenntnissen und Erfahrung für folgende Bereiche:

- **Kammer 1 (Banken und Versicherungen):** Vermögensverwaltung, Private Banking, Finanzinstrumente, öffentliches und privates Bankenrecht, Privat- und Sozialversicherungsrecht, Haftpflicht
- **Kammer 2 (Revisions- und Treuhandwesen):** Rechnungslegung, Controlling/Management Accounting, Auditing, Risikomanagement, Corporate Governance
- **Kammer 3 (Baugewerbe und Architektur):** Architektur und Planung; GU-/TU-Verträge und/oder Baumeisterarbeiten, Bauschäden, Projektorganisation
- **Kammer 6 (Maschinen- und Elektroindustrie):** Maschinenbau, Werkstoffe, Schadenanalyse, Prüfen/Messen
- **Kammer 10 (Verschiedene Branchen):** Unternehmensführung/-beratung, Strategie, Businessplanung, Turnaround Management

Handelsrichterinnen und Handelsrichter werden durch den Kantonsrat gewählt. Es können nur Personen gewählt werden, die in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Gemäss Beschluss der Interfraktionellen Konferenz liegt das Rücktrittsalter bei 70 Jahren. Es handelt sich um eine nebenamtliche Tätigkeit. Die Arbeitsbelastung variiert abhängig von den jährlichen Fallzahlen sowie vom Umfang der Fälle. Es werden Sitzungsgelder entrichtet.

Informationen zum Handelsgericht finden Sie im Internet unter http://www.gerichte-zh.ch/organisation/handelsgericht.html. Weitere Auskünfte erteilt die Sekretärin der Justizkommission, Nathalie Malinowski, unter Tel. 043 259 20 67.

Interessiert?
Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung mit den üblichen Unterlagen sowie einem aktuellen Strafregisterauszug und einer Wohnsitzbestätigung (beide nicht älter als drei Monate) bis zum **18. Februar 2025** unter:

https://www.kantonsrat.zh.ch/aktuell/stellenausschreibungen

SVP STADT ZÜRICH KREIS 12

40 Jahre Schwamedinger Lichtmess mit Alt Bundesrat Ueli Maurer

Ein ganz besonderes Jubiläum feierte die Schwamedinger Lichtmess in diesem Jahr: Zum 40. Mal kamen zahlreiche Besucher zusammen, um eine alte Tradition zu pflegen und dabei über Gegenwart und Zukunft nachzudenken. Ehrengast war kein Geringerer als Alt Bundesrat Ueli Maurer. Sein Besuch war nicht nur eine grosse Ehre, sondern ein starkes Zeichen für die Bedeutung dieses Anlasses.

Markus Weidmann
Präsident SVP
Stadt Zürich Kreis 12
Zürich

Ueli Maurer war bereits 1991 einmal Gast der Schwamedinger Lichtmess und kehrte nun mit Freude zur Jubiläumsfeier zurück. Als ehemaliger Landwirt kennt er die Bedeutung der Lichtmess aus erster Hand: Sie war auf den Bauernhöfen ein entscheidender Tag zur Bestandesaufnahme der Wintervorräte. Sein Vater mass mit dem Messband die Heuvorräte, um festzustellen, ob die Futterreserven bis zum Frühling reichen würden. War der Vorrat zu knapp, mussten schwierige Entscheidungen getroffen werden, etwa der Verkauf einer Kuh. Dieses Prinzip des Rück- und Vorausblickens übertrug Maurer auf die Politik: «Woher kommen wir als Schweiz, und wohin gehen wir?»

Die Schweiz zwischen den Mächten der Welt

Mit klaren Worten erinnerte Maurer daran, dass die Weltgeschichte stets von Machtblöcken geprägt war. Früher vom Kalten Krieg zwischen der Sowjetunion und den USA, heute erneut durch Spannungen zwischen Ost und West. Für die Schweiz sei es essenziell, ihre Neutralität zu wahren. Er erklärte eindrucksvoll anhand historischer Fakten, warum die neutrale Haltung des Landes ein bewährtes Erfolgsrezept für Sicherheit, Wohlstand und Weltoffenheit ist. Besonders betonte er die Bedeutung der Neutralitätsinitiative, über die voraussichtlich noch in diesem Jahr abgestimmt wird. Diese soll die immerwährende, bewaffnete und umfassende Neutralität in der Verfassung verankern.

«Neutralität darf nicht von Fall zu Fall gelten – sie muss immerwährend, bewaffnet und umfassend sein. Nur so bleibt die Schweiz glaubwürdig, nur so kann sie Frieden wahren und ihre guten Dienste weltweit anbieten», betonte Maurer unter dem Applaus der Anwesenden.

Ein Jubiläum mit Symbolkraft

Zum 40-jährigen Bestehen der Schwamedinger Lichtmess wurde ein ganz besonderes Symbol geschaffen: Ein einzigartiger Holzbock aus edlem Eschenholz, der die Tradition und den Geist der Schwamedinger Lichtmess widerspiegelt. Heinz Wild, Bruno Wohler und Markus Weidmann begaben sich auf die Suche nach dem perfekten Stück Holz, das schliesslich im Schwamendinger Wald gefunden, transportiert und kunstvoll graviert wurde. Dank der Unterstützung der Peter Transport AG und der Ars Bolt GmbH konnte dieses Jubiläumsstück feierlich präsentiert werden. Ein herzliches Dankeschön gilt allen Beteiligten, die dieses Projekt ermöglichten!

Die Ziegelhöhe – ein Mahnmal für unsere Neutralität

Doch warum hat gerade Schwamendingen diese enge Verbindung zur Neutralität? Warum ist dieser Ort so bedeutsam? Die Antwort liegt in der Geschichte. Die Ziegelhöhe, wo wir heute feiern, war 1799 Schauplatz erbitterter Kämpfe zwischen französischen, russischen und österreichischen Truppen. Die Bevölkerung litt unter Hunger, Entbehrung und fremder Besatzung. Ein Denkmal erinnert bis heute mit den eindringlichen Worten daran:

Am 4ten Juni 1799 fanden in
dieser Gegend Kämpfe zwischen der
französischen
und der oesterreichischen Armee statt.
Mit ihnen begannen die Schlachten
bei Zürich,
die zu einer Zeit des Schreckens und
der Noth
für unser Land wurden.
O Schweiz, hebe die Kraft Deines Volks-
heeres, damit
nie mehr fremde Armeen über deine
Grenzen dringen.

Diese Worte wurden 1911 vom Verschönerungsverein Zürich gestiftet – und sie sind aktueller denn je. Die Neutralität ist keine Selbstverständlichkeit. Sie ist eine Errungenschaft, die gepflegt, verteidigt und bewahrt werden muss. Die Schwamedinger Lichtmess ist nicht nur ein Fest der Tradition, sondern auch ein Ort der Reflexion über die Verantwortung, unsere Souveränität zu schützen.

Alt Bundesrat Ueli Maurer begeistert mit einer historischen Rede zum 40-jährigen Jubiläum der Schwamedinger Lichtmess auf der Ziegelhöhe – gehalten auf dem neu geschaffenen und gravierten Holzbock. Bild: Markus Weidmann

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von alt NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

Kantonsrat Zürich | Justizkommission

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht

zwei Mitglieder für das Verwaltungsgericht (SVP)
(eine 100%-Stelle, eine 50%-Stelle)

per 1. Juli für die Amtsdauer 2025-2031

Das Verwaltungsgericht ist oberste kantonale Gerichtsinstanz im Bereich des Verwaltungsrechts. Es hat sowohl kantonales Recht als auch grosse Teile des Bundesverwaltungsrechts anzuwenden. Das Verwaltungsgericht ist insbesondere zuständig für Streitigkeiten betreffend Raumplanungs-, Bau- und Umweltschutzrecht, Enteignungsrecht, Steuerrecht, Kausalabgaberecht, Personalrecht, Fürsorgewesen, Gesundheitswesen, Submissionswesen, Ausländerrecht, Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, Massnahmen nach Gewaltschutzgesetz, Straf- und Massnahmenvollzug, Administrativmassnahmen im Strassenverkehr, Polizeirecht.

Anforderungen:
- Vertiefte Kenntnisse im Verwaltungsverfahrensrecht und durch Praxis oder wissenschaftliche Tätigkeit erworbene Spezialkenntnisse in mindestens einem Gebiet des besonderen Verwaltungsrechts
- Mehrjährige Tätigkeit
  - in einer Verwaltung und/oder
  - an einem Verwaltungsgericht und/oder
  - an einer Vorinstanz des Verwaltungsgerichts und/oder
  - Anwaltstätigkeit mit Schwerpunkt Öffentliches Recht
- Stimmberechtigung im Kanton Zürich
- Alter bei Amtsantritt unter 65 Jahren
- Einwandfreier Leumund

Die zwei Sitze werden von der Fraktion der SVP beansprucht. Die jährliche Besoldung richtet sich nach dem Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung der Besoldungen der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Verwaltungsgerichts vom 7. Juli 1997 (LS 175.22).

Umfassende Informationen zum Verwaltungsgericht finden Sie im Internet unter www.vgrzh.ch. Weitere Auskünfte erteilt die Sekretärin der Justizkommission, Nathalie Malinowski, unter Tel. 043 259 20 67.

Interessiert?
Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung mit den üblichen Unterlagen sowie einem aktuellen Strafregisterauszug und einer Wohnsitzbestätigung (beide nicht älter als drei Monate) bis zum **18. Februar 2025** unter:

https://www.kantonsrat.zh.ch/aktuell/stellenausschreibungen.aspx

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden Dienstag, 16.00 – 21.00 Uhr, Restaurant altes Gerichtshaus, Wehntalerstrasse 47, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Dielsdorf/Dänikon-Hüttikon
Freitag, 7. März 2025, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Schützenhaus, Dänikon, mit Nationalrat Martin Hübscher.

Bezirk Hinwil/Hinwil
Samstag, 8. März 2025, 12.00 Uhr, SVP bi de Lüt, Hof Blaser, Ober Erlosenstrasse 8, Hinwil, u.a. mit Alt Bundesrat Ueli Maurer, Regierungsrat Ernst Stocker und Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich.

Bezirk Winterthur/Turbenthal
Freitag, 7. Februar 2025, 18.30 Uhr, SVP-Metzgete, Armbrustschützenhaus, Turbenthal, mit Regierungsrat Ernst Stocker und Alt Bundesrat Ueli Maurer. Reservationen bei Marcel Bischof unter 077 535 20 98.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 8. Februar 2025, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschiessen am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen folgen.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480
Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6 % MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6 % MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

Volksabstimmung vom 9. Februar 2025

Eidgenössische Vorlage

Volksinitiative vom 21. Februar 2023 «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)»	NEIN

Vorlage Stadt Zürich

Entschädigungen des Gemeinderats (Totalrevision der Entschädigungsverordnung des Gemeinderats), Parlamentsreferendum	NEIN

Bezirksratswahlen Stadt Zürich

Jedidjah Bollag, Rechtsanwalt, Jahrgang 1981, SVP (bisher)
Marita Hauenstein, Rechtsanwältin, Jahrgang 1973, GLP (bisher)
Matyas Sagi-Kiss, Bachelor of Science (BSc), Jahrgang 1983, SP (bisher)
Patrice Zumsteg, Rechtsanwalt, Jahrgang 1988, FDP (bisher)

Wahlen Staatsanwaltschaft Stadt Zürich
(Empfehlung der Interparteilichen Konferenz des Bezirks Zürich IPK)

Marco Menger, FDP
Thomas Grolimund, SP

Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

Kantonsrat Zürich | Justizkommission

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht

zwei vollamtliche Mitglieder für das Obergericht (AL und SVP)

per 1. Juli für die Amtsdauer 2025-2031

Das Obergericht des Kantons Zürich ist Rechtsmittelinstanz in Zivil- und Strafsachen. Ihm ist das Handelsgericht angegliedert, das sich als erste Instanz mit handelsgerichtlichen Prozessen befasst. Ferner ist das Obergericht zuständig für die selbständige Justizverwaltung der zürcherischen Zivil- und Strafgerichte und des Notariatswesens.

Anforderungen:
- Vertiefte Kenntnisse des materiellen Zivil- und Strafrechts sowie des Zivil- und Strafprozessrechts
- Mehrjährige Tätigkeit an einem Gericht
- Vertrautheit und sicherer Umgang mit juristischen Fragestellungen und Problemlösungen
- Fähigkeit zur vertieften Auseinandersetzung mit schwierigen Rechtsfragen und komplizierten Sachverhalten sowie Fähigkeit, diese auf das Wesentliche zurückzuführen und verständlich darzustellen
- Verhandlungsgeschick, sicheres Auftreten, Sozialkompetenz, Durchsetzungsvermögen und Entscheidungsfreude
- Einsatzbereitschaft, Ausdauer und Belastbarkeit
- Kommunikations- und Teamfähigkeit
- Stimmberechtigung im Kanton Zürich, Alter bei Amtsantritt unter 65 Jahren
- Einwandfreier Leumund

Die zwei Sitze werden von den Fraktionen der AL und der SVP beansprucht. Die jährliche Besoldung richtet sich nach dem Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung der Besoldungen der Mitglieder des Obergerichts vom 22. April 1991 (LS 212.53).

Umfassende Informationen zum Obergericht finden Sie im Internet unter http://www.gerichte-zh.ch/organisation/obergericht.html. Weitere Auskünfte erteilt die Sekretärin der Justizkommission, Nathalie Malinowski, unter Tel. 043 259 20 67.

Interessiert?
Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung mit den üblichen Unterlagen sowie einem aktuellen Strafregisterauszug und einer Wohnsitzbestätigung (beide nicht älter als drei Monate) bis zum **18. Februar 2025** unter:

https://www.kantonsrat.zh.ch/aktuell/stellenausschreibungen/